

Mündliche Anfrage

der Abgeordneten Mitteldorf (Die Linke)

Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in Thüringen

In Thüringen bildet das Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (ThürGIG) eine wichtige Grundlage für die politische Mitsprache und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Erst vor wenigen Monaten hat die Landesregierung einen Evaluationsbericht zum Gesetz vorgelegt. Ergänzend zu dem Gesetz spielen auch Angebote der politischen Bildung eine wichtige Rolle in der Förderung der politischen Teilhabe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie kann innerhalb des ThürGIG die Mitsprache der Beiräte und Beauftragten für Menschen mit Behinderung in den Landkreisen und kreisfreien Städten gestärkt werden?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Wirkung der Handlungsempfehlungen aus dem Evaluationsbericht zum ThürGIG in Bezug auf Frage 1?
3. Welche barrierefreien Angebote im Rahmen der politischen Bildung wurden in Thüringen im Zeitraum des Jahres 2023 bis Oktober 2024 angeboten und wo (beispielsweise in Schulen oder Werkstätten für Menschen mit Behinderungen)?
4. Welche der unter Frage 3 genannten Angebote sind durch das Land in welcher Höhe gefördert worden?

Mitteldorf